



Antworten der BayernSPD auf die Fragen vom Landesfischereiverband Bayern zur Landtagswahl in Bayern 2023

- 1. Wie stellen Sie sicher, dass der Gewässerschutz nicht unter dem aktuellen Primat der Energiewende leidet? Welchen Stellenwert messen Sie der großen (>1 MW) und der kleinen(<1MW) Wasserkraft bei der Sicherung der Energieversorgung zu?**

Antwort:

Bestehende Wasserkraftwerke liefern einen wichtigen Beitrag zur erneuerbaren Stromerzeugung. Das Potenzial insbesondere der kleinen Wasserkraft ist jedoch begrenzt und im Konflikt mit Natur- und Artenschutzzielen. Wir sehen bei der Wasserkraft Potentiale vor allem beim Repowering. Wir als SPD fordern die zügige Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Sie schreibt Durchgängigkeit und einen guten ökologischen Zustand bei allen Fließgewässern vor. Wir wollen mehr Wasserschutzgebiete. Neue Querbauwerke nur zur Energiegewinnung lehnen wir ab.

- 2. Wie steht ihre Fraktion zu einem Ausbau von Floating-PV-Anlagen in angelfischereilich oder teichwirtschaftlich genutzten Gewässern?**

Antwort:

Für uns hat der Ausbau von Photovoltaik auf ertragsschwachen Böden und Dächern Vorrang. Bei Gewässern müssen immer die Auswirkungen auf Flora und Fauna sowie auf die angel- und teichwirtschaftliche Nutzungen berücksichtigt und respektiert werden.

- 3. Tragen Sie die Erweiterung der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung mit, die als ultima ratio die Entnahme von Fischottern in Teichwirtschaften vorsieht? An freien Gewässern bedroht der Otter zunehmend gefährdete Arten (z.B. Flussuferläufer, Huchen, Moorfrosch). Wie sind sie zu schützen?**

Antwort:

Wir unterstützen eine rechtssichere Entnahme von Fischottern bei ernststen fischereilichen Schäden in der Teichwirtschaft, wenn keine zumutbaren Alternativen möglich sind und die Population insgesamt nicht gefährdet wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine umfängliche informationelle und finanzielle Unterstützung von Fischern bei der Etablierung von Zaunbaumaßnahmen sowie eine angemessene Entschädigung bei wirtschaftlichen Schäden ein.

- 4. Bedarf es mit Blick auf den Klimawandel einer bayerischen Wasserstrategie? Wie sollen dabei die Belange der Fische und der Fischerei gewahrt werden? Sind Sie für die Einführung eines „Wasser-Cents“ und wie soll die Teichwirtschaft dabei behandelt werden?**

Antwort:

Wir begrüßen die von der SPD-geführten Bundesregierung kürzlich verabschiedete Nationale Wasserstrategie. Sie bildet den Grundstein für ein modernes Wassermanagement in ganz Deutschland, vor allem mit Blick auf die Klimaüberhitzung. Wir setzen uns daher auch für eine vollumfängliche Umsetzung der darin befindlichen Ziele und Maßnahmen in Bayern ein. Nachdem bereits 13 der 16 Bundesländer über einen „Wasser-Cent“ verfügen, ist es höchste Zeit, dass auch Bayern wirksame Maßnahmen zum Wassersparen einführt. Ein Wasserentnahmeentgelt fördert den sparsamen Umgang mit der wertvollen Ressource Wasser. Um dabei möglichst gerecht und gut vorzugehen, wollen wir die Erfahrungen der anderen Bundesländer berücksichtigen.

- 5. Wasserentnahmen werden von den Behörden in Bayern unterschiedlich gehandhabt; es gibt keine gesicherten Daten zur Entnahmemenge. Bisher praktizierte freiwillige Maßnahmen zeigen nicht immer die gewünschte Wirkung. Bedarf es nun ordnungsrechtlicher Schritte?**

Antwort:

Wir wollen, dass die Behörden in Bayern einen besseren Überblick und zuverlässige Daten über die Wasserentnahmen haben. Die Verwendung digitaler Wasseruhren kann das Monitoring von Wasserentnahmen sicherstellen und Wasserverschwendung vorbeugen. Zudem sollten Wasserentnahmerechte zukünftig nur noch zeitlich befristet genehmigt werden.

6. Wie stehen Sie zur EU-Biodiversitätsstrategie und möglichen Nutzungsverboten in bestimmten Bereichen? Wie soll die Strategie in Bayern umgesetzt werden?

Antwort:

Wir wollen die einzigartige Artenvielfalt, die Bayern und insbesondere den Alpenraum prägt, erhalten. Daher unterstützen wir die Aktivitäten auf Bundes- und EU-Ebene bei FFH-RL, Natura 2000 und Biodiversitätsstrategie. Bayerns Natur muss durch eine bessere Vernetzung von Schutzgebieten und Biotopen sowie eigene Managementpläne für FFH-Gebiete stärker geschützt werden. Bei der Umsetzung ist uns die Expertise von Naturschutzverbänden wie des LFV sehr wichtig. Sie muss immer einbezogen und berücksichtigt werden.

7. Stoffeinträge v.a. aus Industrie und Siedlungen führten lokal bereits zu behördlichen Verzehrwarnungen für Fische. Wie stellen Sie sicher, dass Fische aus bayerischen Gewässern weiterhin bedenkenlos verzehrt werden können? Wie stehen Sie zur Einführung der 4. Reinigungsstufe bei Kläranlagen?

Antwort:

Wir bekämpfen sämtliche Verunreinigungen unserer Gewässer durch Chemikalien wie PFAS, Mikroplastik oder Pflanzenschutzmittel. Daher setzen wir uns dafür ein, dass giftige Chemikalien verboten oder durch ökologisch verträgliche Alternativen ersetzt werden. Soweit der Verursacher eines entstandenen Schadens ermittelt werden kann, gilt für uns das Verursacherprinzip. Außerdem unterstützen wir die Einführung einer 4. Reinigungsstufe bei Kläranlagen. Das geht aber nicht ohne eine stärkere finanzielle Unterstützung für unsere Städte und Gemeinden. Wir fordern zudem mehr staatliche Mittel für die Sanierung und den Erhalt unseres Kanalsystems.

8. Wie wollen Sie dazu beitragen, die Sanierung von teils großflächig verunreinigten Grund- wie Oberflächengewässern mit perfluorierten Kohlenstoffverbindungen (PFC) – wie z. B. am Flugplatz Manching – umzusetzen?

Antwort:

Wir setzen uns als bayerische SPD seit vielen Jahren für ein entschiedeneres und zügigeres staatliches Handeln auf allen Ebenen ein. Viele Jahre lang wurden die Probleme zu häufig auf die lange Bank geschoben. Das ist im Interesse der Menschen, der Fischerei und der Natur für uns nicht akzeptabel. Wir begrüßen, dass im Herbst 2023 endlich mit der PFC-Sanierung in Manching begonnen wird. Wir wollen in belasteten Gebieten den Untersuchungsradius entgegen der Fließrichtung von Gewässern ausweiten, regelmäßige Untersuchungen von Trinkwasseranlagen durchführen, um möglichen Leistungsabfällen von Filtern zuvorzukommen, und an verdächtigen Standorten vorsorgliche Trinkwasseruntersuchungen einführen.